Aschaffenburg 2040

Kommunale Initiative Aschaffenburg (KI*)

Ökologie, Solidarität, Basisdemokratie – Prinzipien einer Stadt von übermorgen

* unbequem aus Verantwortung

ASCHAFFENBURG 2040

Ökologie, Solidarität, Basisdemokratie – Prinzipien einer Stadt von übermorgen

Kommunale Initiative Aschaffenburg (KI*)

* unbequem aus Verantwortung

Aschaffenburg, Juli 2019
V.i.S.d.P: J. Büttner. Bergstraße 6, 63743 Aschaffenburg
Druck: DVS Schumannstraße 51, 60325 Frankfurt

Wir, Mitglieder der KI*, haben hiermit Visionen über unsre Stadt Aschaffenburg zu Papier gebracht, wie sie sich vielleicht in zwanzig Jahren darstellen könnte. Wie genau sich das gesellschaftliche Leben entwickelt, ist naturgemäß nicht vorher zu sagen. Dies sollte unseres Erachtens in der Entscheidung der Menschen liegen, die mit ihren Interessen die übergroße Mehrheit der Stadtbevölkerung darstellen und ihre Gesellschaft aktiv mitgestalten wollen.

Unsere hier vorgestellte Vision beschreibt eine mögliche Richtung, in der die Aufgabe politischer Einrichtungen darin liegt, die Rahmenbedingungen für ein funktionierendes Gemeinwesen zu sichern, wobei die politische Macht in den Händen der Bewohneri*nnen liegt.

Wir wollen allen Freund*innen, Wähler*innen und weiteren Interessierten einen Eindruck davon geben, in welche Richtung die Menschen in der KI denken.

Wir wollen auch - angelehnt an diese Vision - Wahlprogramme und realpolitische Forderungen entwickeln, mit denen wir durchaus mit Blick auf Machbarkeit und auf dem Boden der jeweiligen Wirklichkeit Schritt für Schritt auf eine andere Stadt hinarbeiten.

Der Text wirft Schlaglichter auf Themenbereiche, die wir - Stand Frühjahr 2019 - als besonders relevant erachten. Weitere und eventuell nicht weniger wichtige Themen blieben außen vor, da sie den Rahmen eines Diskussions-Papiers sprengen würden.

Ebenfalls offen bleiben viele Fragen zu zukunftsrelevanten Themen, die weit über den lokalpolitischen Tellerrand hinausragen:

Wie gestalten wir das Arbeiten, die Produktion und das Wohnen der Zukunft? Was bringt uns die Digitalisierung oder die Weiterentwicklung „künstlicher Intelligenz“? Wie meistern wir globale Herausforderungen wie den Klimawandel, Fluchtbewegungen oder den Aufstieg rechter und fundamentalistischer Akteure? Welchen Beitrag können wir zur Verhinderung von Kriegen leisten? Welche Alternativen entwickeln wir zu unserem auf Wachstum basierenden Wirtschaftssystem, das globale Ungerechtigkeiten wie Armut erzeugt und auf der Ausbeutung von Mensch und Natur fußt?

All diese Fragen beschäftigen uns, wir beziehen sie in unsere Überlegungen mit ein.

Einigen mag dieser Text zu kitschig und naiv erscheinen, anderen geht er vielleicht angesichts der anstehenden Herausforderungen nicht weit

genug. Ziel ist es, zum Nachdenken anzuregen und Diskussionen anzustoßen. Denn eines ist sicher: ein im Wortsinne radikales, d. h. an die Wurzel von Missständen gehendes Umdenken, wie wir unser Zusammenleben von übermorgen gestalten, ist dringend erforderlich und längst überfällig.

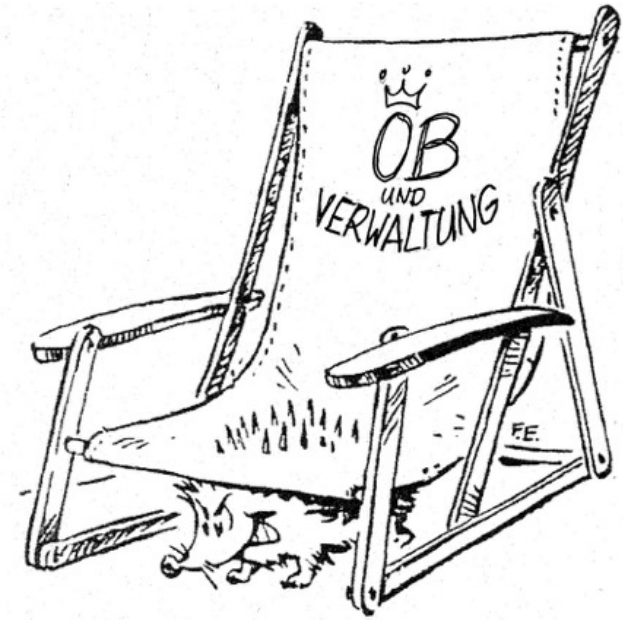
Auf die Vision kommt‘s an!

1. Für eine basisdemokratische Stadtverwaltung

Wem gehört die Stadt? Und wer trifft in ihr Entscheidungen?

Aschaffenburg wird maßgeblich durch eine aktive Bevölkerung gestaltet. Dieser stehen umfangreiche Werkzeuge zur demokratischen Teilhabe zur Verfügung. An den Entscheidungsprozessen können sich alle Menschen beteiligen, die ihren Lebensmittelpunkt in Aschaffenburg haben. Niemand muss, aber alle dürfen das politische Leben mitbestimmen.

Politische Entscheidungen werden möglichst dezentral und von denjenigen getroffen, die vom Ergebnis einer Abstimmung betroffen sind. Von Fall zu Fall sind das unterschiedliche Gruppen. Bei einer Entscheidung mit räumlichem Bezug sind es beispielsweise Bewohner*innen einer Straße, eines Stadtteils oder der ganzen Kommune. Bei einer Entscheidung zu einer bestimmten Dienstleistung sind es eher Nutzer*innen, Patient*innen und Mitarbeiter*innen.



Politische und soziale Erneuerung „von unten“

Freies und entsprechend abgesichertes WLAN, digitale Vernetzung und kommunale Informationssysteme sorgen dafür, dass politische Diskussionen und für Entscheidungen notwendige Informationen für alle zugänglich sind. Weitere Online-Tools ermöglichen das Einholen, Sammeln und Veröffentlichen von Stimmungsbildern und Meinungen aus der Bevölkerung. Amtsinterne Prozesse und Bearbeitungsstatus werden transparent und nachvollziehbar öffentlich dokumentiert.

Regelmäßige basisdemokratische Versammlungen bekommen zunehmend mehr Gewicht in politischen Entscheidungsprozessen und ergänzen die Arbeit des Stadtparlaments. Diese Versammlungen sind aber nicht nur Ort der Entscheidungsfindung. Sie bieten ebenso der politischen Diskussion und Meinungsbildung Raum und Zeit, fördern gemeinschaftliches Interessensbewusstsein und entwickeln politische und soziale Erneuerung „von unten“.

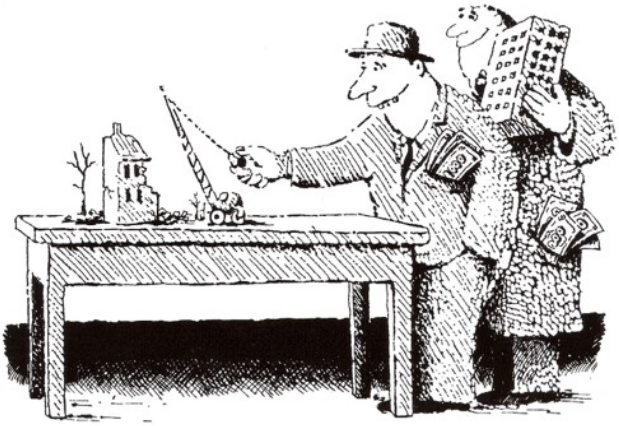
2. Für eine soziale Infrastruktur in kommunalem Eigentum

Welche Infrastrukturen braucht ein gutes Leben? Und von welchen Interessen werden Sie geleitet?

Die Politik der Stadt Aschaffenburg orientiert sich am Ziel eines guten Lebens für alle und strebt für ihre Einwohner*innen soziale Gleichheit auf höchstmöglichem Niveau an. Jeder Einwohner und jede Einwohnerin soll sein und ihr Recht auf bezahlbaren Wohnraum, Grundversorgung mit Energie und Wasser, dem kostenfreien Zugang zu Gesundheits-, Kultur-, Pflege- und Bildungseinrichtungen sowie Mobilität in öffentlichen Verkehrsmitteln wahrnehmen können. Deshalb befindet sich die für den Lebensalltag notwendige soziale Infrastruktur in kommunalem Eigentum.

Insbesondere im Bereich Wohnen hat die Stadt auf explodierende Mietpreise und knappen Wohnraum reagiert. Durch die Vergesellschaftung ungenutzter Brachflächen und das konsequente Vorgehen gegen spekulativen Leerstand

konnte die kommunale Wohnungsbaugesellschaft ihren Immobilienbestand deutlich erhöhen und damit zahlreichen Einwohner*innen günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Private Investor*innen sind bei Neubauprojekten dazu verpflichtet, mindestens 50 Prozent sozialen und geförderten Wohnungsbau auszuweisen.



Die Stadtwerke, die Stadtbau, das Klinikum, die Bürgerbank Sparkasse und andere, nicht auf Profit ausgerichtete Betriebe in kommunaler Hand, sind für die infrastrukturelle Administration, Finanzierung und Verwaltung zuständig.

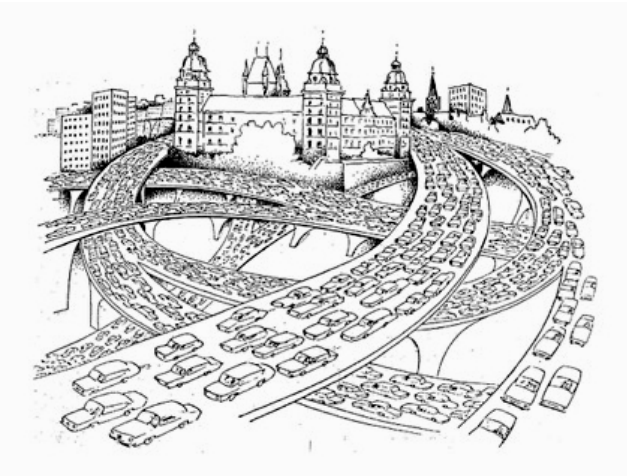
Dazu gehören unter anderem die Bereiche:

- Energieversorgung
- Verkehrswesen
- Wohnraum
- Gesundheitsversorgung
- Digitalisierung

Alle Angestellte in den kommunalen Betrieben werden mindestens tariflich bezahlt. Etwaige Gewinne fließen zu 100 Prozent in die Finanzierung der notwendigen Ausgaben. Zuarbeitende Fremdfirmen, die zum Ausbau und Erhalt der Infrastruktur notwendig sind, erhalten nur dann Aufträge, wenn Sie nachweislich tarifliche Standards einhalten und hürdenfrei Betriebsräte und Arbeitnehmer*innenvertretungen zulassen.

Da Aschaffenburg infrastrukturell eine zentrale Rolle in der Region einnimmt, planen die Stadtwerke Projekte von regionaler Bedeutung grundsätzlich in Abstimmung mit Vertreter*innen der benachbarten Landkreise.
Verschiedene Bereiche wie Raumplanung, Gesundheitsversorgung oder Verkehr werden so deutlich effektiver und ressourcenschonender organisiert.
Die verschiedenen Belange und Interessen hinsichtlich kommunaler Infrastruktur werden in einem überregionalen Verbund ausgehandelt.

Ein Netzwerk von neu entstandenen Ortsbeiräten stellt eine ergänzende Form direkter Demokratisierung für die knapp 400.000 Verbundseinwohner*innen dar und hilft, den Widerspruch zwischen Stadt und Land zu verringern. Der Verbund ist auch an die Metropolregion Rhein-Main-Frankfurt angeschlossen. Er gestaltet die dortige Entwicklung aktiv mit, vertritt die Interessen des infrastrukturell schwächeren und ländlich geprägten Umlands und gibt dadurch überregional wichtige Impulse für einen sozial-ökologischen Wandel.



3. Für eine ökologische, klimafreundliche und verkehrsberuhigte Stadt

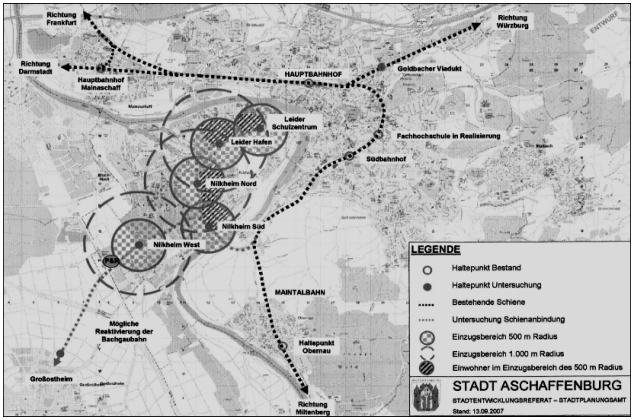
Wie erhalten wir lebenswerte Rahmenbedingungen für Stadt und Umland?

Die Stadtwerke haben als Reaktion auf die drohende Klimakatastrophe auf 100 Prozent regenerative Energien umgestellt und fördern nun den Bau dezentraler erneuerbarer Energiequellen.

Der Individual- sowie Orts- und Durchgangsverkehr wurden zu Gunsten des öffentlichen Nahverkehrs vollständig aus der Innenstadt heraus gedrängt. Mehrspurige Fahrbahnen und großflächige Parkplätze wurden als Fuß- und Radverkehr ausgewiesen oder stehen als begrünte Freiflächen zur Verfügung.
Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist massiv ausgebaut. Es besteht die Möglichkeit, Bus & Bahn im gesamten VAB Gebiet kostenfrei zu nutzen. Der Anschluss Aschaffenburgs an das Frankfurter S-Bahn-Netz wurde umgesetzt, was besonders Pendler*innen und Nachtschwär-

mer*innen erfreut. Selbst entlegene Gemeinden haben durch zusätzliche Buslinien und Schienenanbindungen mit einer dichten Taktung eine sehr gute Anbindung an ihr Oberzentrum und damit über die Region hinaus.

Positive Nebeneffekte der Verkehrswende sind weniger Lärmstress in Aschaffenburgs Innenstadt, deutlich bessere Luftwerte sowie mehr Lebensqualität für alle Menschen im gesamten Untermaingebiet.



4. Für eine lebendige und vielfältige Kultur in der Stadt

Was macht städtisches Leben lebenswert?

Das Aschaffenburger Kultur-, Freizeit- und Nachtleben ist dank einer aktiven Zivilgesellschaft lebendiger als je zuvor. Nachdem die Stadtversammlung beschlossen hatte, unkommerzielle Kleinkunst und alternative Kulturprojekte gleichrangig zu fördern, blüht die gesamte Kulturlandschaft auf.
Die nach wie vor unbebauten Mainwiesen sind in den Sommermonaten ein zentraler sozialer Treffpunkt für jung und alt. Von der Schlossmauer bis Ebertbrücke gibt es ruhige Liegeflächen im Wechsel mit frei zugänglichen Kleinbühnenanlagen. Über das gesamte Stadtgebiet erstrecken sich Freiflächen und Wände für Straßenkunst. In der verkehrsberuhigten Innenstadt laden *Urban Gardening*[1] Projekte und öffentliche Plätze zum Verweilen ein.

---

1 Urbaner Gartenbau, auch Urban Gardening, ist die meist kleinräumige, gärtnerische Nutzung städtischer Flächen innerhalb von Siedlungsgebieten oder in deren direktem Umfeld.

Der Kulturpass wurde ersatzlos gestrichen, da wie der ÖPNV auch der Zugang zu Museen, Theatern und Schwimmbädern für alle gebührenfrei ist.

Ehrenamtliche Vereine, soziale und kulturelle Initiativen erhalten unbürokratisch Zugang zu städtischer Infrastruktur. Ihnen stehen Räume und Technik für ihre Arbeit zur Verfügung.

Die Stadthalle wird mittlerweile fast ausschließlich als kommunales Zentrum genutzt. Als Informations- und Kulturstätte samt öffentlicher Großkantine, ist sie ein zentraler Ort für Bürgerversammlungen, sowie für das kulturelle und soziale Leben geworden.
In allen Stadtteilen gibt es kleinere – möglichst selbstverwaltete – kommunale Zentren, die vitale Begegnungsstätten für Jung und Alt, Einheimische und Neuankömmlinge sind und in denen

Zusammenleben arrangiert wird. Auch für Kleinkinder und Jugendliche gibt es zahlreiche Angebote. Die Leitungen der kostenfreien städtische Kitas und Kindergärten werden samt Elternräten nicht nur in die Kultur- und Freizeitplanung mit einbezogen, sondern haben auch ein eigenes Budget, das sie eigenverantwortlich verwalten. Die städtischen Jugendzentren entwickeln in größtmöglicher Selbstverwaltung der Jugendlichen ein breites Angebot an Ferienspielen, Ausflügen und interkulturelle Reisen.

5. Für Digitalisierung unter öffentlicher Kontrolle

Wer kontrolliert die Daten der Stadt 2.0? Und wofür werden sie genutzt?

Auch in Aschaffenburg führte die technologische Entwicklung zur Ausweitung der digitalen Erfassung von Daten und der Umstrukturierung des öffentlichen Raums.
Die auf den erhobenen Daten basierenden Dienstleistungen haben Leben und Arbeit von Einwohner*innen und der kommunalen Einrichtungen erleichtert. Verbesserungen gab es vor allem im Verkehrs-und Energiemanagement, der ortsansässigen Landwirtschaft sowie der kollektiven Nutzung von Gemeingütern.
Hierbei haben sich dezentralisierte und zivile Projekte etabliert. Dafür wurden in bestehenden Netzwerken Schnittstellen und Ressourcen der Infrastruktur bereit gestellt.

Digitale Infrastruktur und sensible Datenbestände sind nach wie vor angreifbar und durch ihre Komplexität fehleranfällig. Da Daten als Rohstoff für privatwirtschaftliche Zwecke von höchster Bedeutung sind, werden Daten der Nutzer*in-

nen dieser Infrastruktur geschützt und keinen kommerziellen Zwecken zugeführt.

Die Nutzung der Daten ist umfassend geregelt und die kommunalen Akteur*innen und Betreiber*innen sind gegenüber einem zivilgesellschaftlichen Kontrollgremium zur völligen Transparenz verpflichtet.

6. Für eine Stadt, in der die Menschen Solidarität üben und ohne Angst verschieden sein können

Wie wollen wir das gesellschaftliche Zusam menleben gestalten?

Nach langer Diskussion wurde in den basisdemokratischen Versammlungen ein ethischer Gesellschaftsvertrag beschlossen. Dieser besitzt keinen juristischen Stellenwert, sondern ist eine auf Freiwilligkeit beruhende Vereinbarung, die als Richtschnur für den zwischenmenschlichen Umgang dient.

Im Gesellschaftsvertrag ist unter anderem festgehalten, dass Einwohner*in ist, wer seinen Lebensmittelpunkt in Aschaffenburg hat. Unabhängig von Aufenthaltsstatus, Herkunft, Hautfarbe, Pass, Religion oder sexueller Orientierung.

Die Bürger*innen-Versammlungen und die Einrichtungen der Stadt versichern, dass sie alle

Einwohner*innen als politisch gleichgestellt betrachten und behandeln.

Aschaffenburgs Behörden werden dazu angehalten, restriktive Vorgaben aus der landes- oder bundespolitischen Gesetzgebung, die dem Geist dieses Aschaffenburger Gesellschaftsvertrags zuwiderlaufen, kritisch zu prüfen. Und wo möglich, sollen vorhandene Handlungsspielräume genutzt werden, um ihm Geltung zu verschaffen.

Nachwort

Viele unserer Überlegungen fußen auf Voraussetzungen, die heute noch nicht gegeben, und darüber hinaus auch vom Gesetzgeber nicht vorgesehen sind. Wir sehen deren Umsetzung somit als politische Ziele, auf die längerfristig durch entsprechende politische Bewegungen und gesamtgesellschaftlichen Druck hinzuwirken ist. Wir freuen uns deshalb nicht nur über Wähler*innen, die uns unterstützen, sondern noch viel mehr, wenn sich Einwohner*innen aktiv in die Stadtpolitik einmischen und sich in Basisgruppen, unabhängigen Bürger*inneninitiativen oder direkt in der KI für eine weitere Demokratisierung einsetzen.

Wir wollen gemeinsam mit anderen auf eine kommunale Politik hinarbeiten, die

- die politische Großwetterlage berücksichtigt und Alternativen entwickelt;
- auf die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse ausgerichtet ist;
- auf ökologische Notwendigkeiten reagiert;

- neue Formen des Zusammenlebens hervorbringen, die auf Kooperation und Solidarität basieren.

Diese Punkte halten wir im Sinne einer nach vorne gerichteten Politik für unverzichtbar. Und es braucht unseres Erachtens noch viel stärkere visionäre Kräfte, wenn wir die Rahmenbedingungen für eine lebenswerte Zukunft schaffen und erhalten wollen.